

# Das Verhör der Rorschacher Mädchen

Eine Mädchenklasse empörte sich beim damaligen Bundesrat Eduard von Steiger – und wurde wie in einer Diktatur verhört

Es war ein Brief der Mädchensekundarschule 2c aus Rorschach, der in Bern die Nerven blanklegte. Justizminister Eduard von Steiger ordnete ein Verhör an. Und entlarvte sich.

VON ALAN CASSIDY  
UND OTHMAR VON MATT

Das Fazit der Historiker ist klar: Die Bundesbehörden hatten bereits 1941 Kenntnis von den systematischen Massentötungen der Juden in Europa. Doch nicht nur die offizielle Schweiz, sondern auch die Zivilbevölkerung wusste schon früh Bescheid darüber, was sich in Deutschland und in den besetzten Gebieten abspielte. Trotz Zensur berichteten die Schweizer Zeitungen ab Sommer 1942 regelmässig über die Erlebnisse der Flüchtlinge, welche die Schweizer Grenze erreichten. Einen besonders erschütternden Bericht veröffentlichte die Basler «National-Zeitung» im September 1942 – der Verleger und FDP-Ständerat Ernst Löpfle druckte ihn kurz darauf auch in seinem «Ostschweizer Tagblatt» nach.

Unter dem Titel «So geht es zu an unseres Landes-Grenze» schilderte der Berichterstatter, wie sich eine Gruppe belgischer Juden mit einer Flucht in die Schweiz vor der Deportation nach Polen rettete. Nachdem sie ein ungenanntes Westschweizer Dorf erreicht hatten, wurde die geschwächte Familie trotz Protesten der Bevölkerung vom lokalen Gendarmen wieder zur Grenze geschickt und «ausgesetzt», wie der Korrespondent notierte: «Und nun, da sie sich nach qualvollen Wochen gerettet glaubten, diese fürchterliche Enttäuschung!»

ES WAR DIESER ARTIKEL, der eine Mädchenschulklasse aus Rorschach SG dazu bewog, sich in einem Brief an Bundesrat Eduard von Steiger zu wenden, den Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements. In ihrem Schreiben kritisierten die 14-jährigen Mädchen die Flüchtlingspolitik der Schweiz scharf: «Wir können es nicht unterlassen Ihnen mitzuteilen, dass wir in den Schulen aufs Höchste empört sind, dass man die Flüchtlinge so herzlos wieder in das Elend zurückstösst.» Nie hätten sie sich träumen lassen, dass die Friedensinsel Schweiz «diese zitternden, frierenden Jammergestalten wie Tiere über die Grenze wirft».

Es könne ja sein, schrieben die Mädchen dem Bundesrat, «dass Sie den Befehl erhalten haben, keine Juden aufzunehmen, aber der Wille Gottes ist es bestimmt nicht». Der Brief schloss mit der Bitte um die «Aufnahme dieser ärmsten

Heimatlosen» und einem Gruss voller «Hochachtung und vaterländischer Verbundenheit».

MIT DEM SCHREIBEN trafen die 14-jährigen Mädchen einen Nerv. Justizminister Eduard von Steiger persönlich ordnete ein Verhör der 22 Schülerinnen an, die den Brief unterschrieben hatten. Zehn Mädchen unterzeichneten ihn nicht. Die Untersuchung fand am 23. Oktober 1942 statt und dauerte zweieinhalb Stunden. Auszüge aus dem Verhör, das der Schulratspräsident führte:

**Frage:** «Steht nichts im Brief, was eine Beleidigung für den Bundesrat sein könnte?»

**Antwort von Heidi:** «Nein, ich glaube nicht. Und der Bundesrat wird wohl noch mehr solche Briefe bekommen haben.»

**Frage:** «Ihr wolltet ihm also doch Vorwürfe machen?»

**Antwort:** «Nein, nein. (...) Ja warum, hat denn der Bundesrat sich etwa beklagt?»

**Antwort des Verhörers:** «Ja, es ist eine Beschwerde eingegangen (...)»

Der Schulratspräsident liest ihn den Satz aus dem Schülerbrief vor: «Es kann ja sein, dass Sie den Befehl erhalten haben, keine Juden mehr aufzunehmen, aber der Wille Gottes ist es bestimmt nicht ...»

**Frage:** Weisst Du die schwerwiegende Bedeutung dieses Satzes nicht?

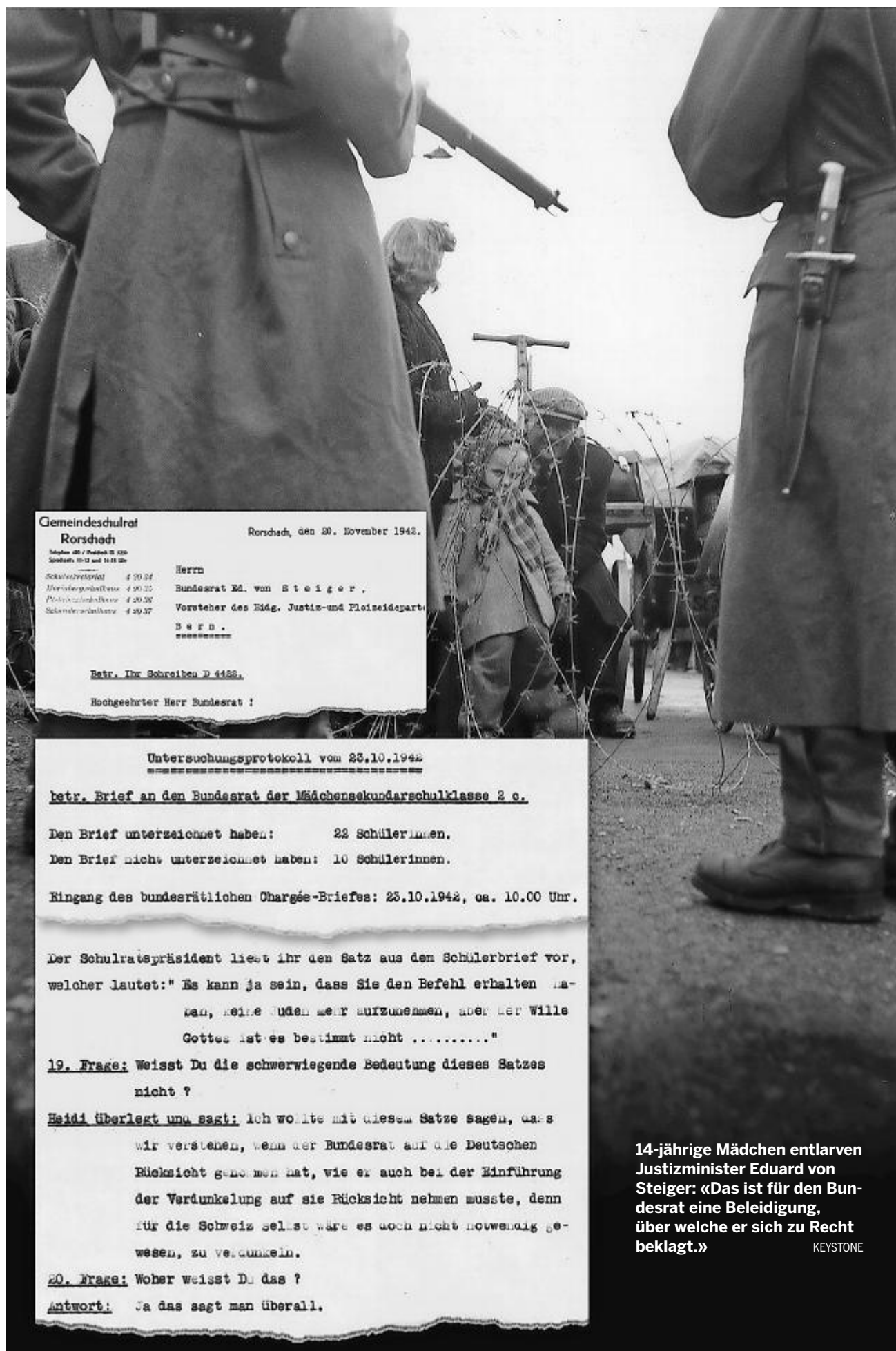
**Heidi überlegt und sagt:** «Ich wollte mit diesem Satze sagen, dass wir verstehen, wenn der Bundesrat auf die Deutschen Rücksicht genommen hat, wie er auch bei der Einführung der Verdunkelung auf sie Rücksicht nehmen musste, denn für die Schweiz selbst wäre es doch nicht notwendig gewesen, zu verdunkeln.»

**Frage:** «Woher weisst Du das?»

**Antwort:** «Ja das sagt man überall.»

Der Schulratspräsident sagt zu Heidi: «Dann will ich Dir sagen, was dieser Satz bedeutet: Der Bundesrat hätte auf ausländischen Druck hin den Flüchtlingsstrom abgestoppt. Das heisst, der Bundesrat sei nicht mehr eigener Herr und Meister, er könne nicht mehr tun, was er für richtig finde, er sei nicht mehr frei, sondern er müsse tun, was die Deutschen ihm vorschreiben. Das ist für den Bundesrat eine Beleidigung, über welche er sich mit Recht beklagt. Das ist ein starkes Stück, dass da ein paar junge, unerfahrene Mädchen, die kaum wissen, was überhaupt für das Leben notwendig ist, glauben, dem Bundesrat in Bern Lehren erteilen zu müssen (...)»

NACH DEM VERHÖR werden die Mädchen zu Stillschweigen verpflichtet. Und der Gemeindegeschulrat informierte den «hochgeehrten Herr Bundesrat» schriftlich persönlich über die Untersuchung.



Gemeindegeschulrat  
Rorschach  
Rorschach, den 20. November 1942.

Schulrat 20 / Postfach 22 530 Spezialz. 10-12 und 14-16 Uhr	Herrn Bundesrat Ed. von Steiger, Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepart. B E R N .
--	--

Schulratspräsident 4 20 24  
Mittelschulrat 4 20 25  
Polizeischulrat 4 20 26  
Sekundarschulrat 4 20 27

Betr. Ihr Schreiben D 4482.  
Hochgeehrter Herr Bundesrat!

Untersuchungsprotokoll vom 23.10.1942

betr. Brief an den Bundesrat der Mädchensekundarschulklasse 2 c.

Den Brief unterzeichnet haben: 22 Schülerinnen.  
Den Brief nicht unterzeichnet haben: 10 Schülerinnen.

Ringang des bundesrätlichen Chargée-Briefes: 23.10.1942, ca. 10.00 Uhr.

Der Schulratspräsident liest ihr den Satz aus dem Schülerbrief vor, welcher lautet: "Es kann ja sein, dass Sie den Befehl erhalten haben, keine Juden mehr aufzunehmen, aber der Wille Gottes ist es bestimmt nicht ....."

19. Frage: Weisst Du die schwerwiegende Bedeutung dieses Satzes nicht?

Heidi überlegt und sagt: Ich wollte mit diesem Satze sagen, dass wir verstehen, wenn der Bundesrat auf die Deutschen Rücksicht genommen hat, wie er auch bei der Einführung der Verdunkelung auf sie Rücksicht nehmen musste, denn für die Schweiz selbst wäre es doch nicht notwendig gewesen, zu verdunkeln.

20. Frage: Woher weisst Du das?

Antwort: Ja das sagt man überall.

14-jährige Mädchen entlarven Justizminister Eduard von Steiger: «Das ist für den Bundesrat eine Beleidigung, über welche er sich zu Recht beklagt.»

KEYSTONE